

KINDERBETREUUNG

Gebt den Erziehern mehr Geld

VON ANNA GÜNTHER

Erzieher fehlen, Kinderpfleger fehlen, Lehrer fehlen. Seit Jahren erklingt diese Mahnung, seit Jahren passiert zu wenig, um das Problem zu lösen. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – ein richtiges und wichtiges Signal – übt nun zusätzlichen Druck auf ein belastetes System aus. Eines, das irgendwann nachgeben wird.

Längst werden in Kitas Betreuungszeiten gekürzt und Gruppen geschlossen, weil Personal krank ist und fehlt. Man wird sich weiter durchmogeln und hoffen, dass es wieder besser wird. Leidtragende sind jene Eltern, die sich um die Kinder kümmern müssen und deshalb weniger arbeiten können.

Hoffnung auf bessere Zeiten reicht aber nicht. Schluss mit dem Gestoppsel, es braucht einen großen Wurf. Um gute Pädagogen für die Kinder zu finden und zu halten, muss der Job schnellstens attraktiver werden. Erster, einfachster Schritt: Gebt den Erziehern mehr Geld.

Bayern und Deutschland können sich das leisten. Der Staat muss den Kita-Trägern rasch entsprechende Zuschüsse überweisen. Von Idealismus lässt sich das Leben nicht finanzieren. Und Ungerechtigkeit schreckt die junge Generation noch mehr ab als das geringere Salär. Eine ausgebildete Erzieherin in München bekommt zum Berufseinstieg circa 3500 Euro, etwa 500 weniger als ein verbeamteter Grundschullehrer. Ohne städtische Zulagen wären es sogar 1000 Euro weniger. Ist frühkindliche Bildung weniger wert? Auf keinen Fall! Sie legt die Basis für alles im (Schul-)Leben.

Bricht aufgrund des Erziehermangels die Kinderbetreuung weg, haben alle ein Problem: Familien, Arbeitgeber und die Politik. Schon jetzt herrscht Fachkräftemangel. In mancher Branche wirkt sich das bereits negativ auf die Umsätze aus. Wirtschaft und Politik müssen ein Interesse daran haben, gutes Personal zu gewinnen. Das muss ihnen auch etwas wert sein. Erst recht, wenn in den kommenden zehn, 15 Jahren zigtausende Arbeitskräfte aller Branchen in den Ruhestand gehen. Auf Bayerns Spielplätzen sitzen gleichzeitig Hunderte hoch qualifizierte Menschen, dieses Potenzial muss nutzbar werden. Damit sie mehr arbeiten wollen und können, braucht es beste Kinderbetreuung. Der erste Schritt dahin sind gut bezahlte, wertgeschätzte Erzieherinnen und Kinderpfleger. Wählen mehr Menschen diese wichtigen Berufe, verbessern sich auch die Arbeitsbedingungen in den Kitas. Ein Gewinn für alle.

Streit über Nachfolger für 9-Euro-Ticket

München – Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter will ein mögliches Nachfolgeangebot für das 9-Euro-Ticket nicht mitzahlen und wird dafür aus der Opposition scharf kritisiert. „Warum will sich die CSU nicht beteiligen? Damit in Bayern weiterhin alle Auto fahren?“, schrieb die Vize-Fraktionsvorsitzende der Landtags-SPD, Ruth Müller, auf Twitter. „Oder will die CSU gar ein eigenes, noch besseres ÖPNV-Ticket, nur für Bayer*innen in Bayern machen? Oder ist es einfach nur Spaßbüblers-Trotz?“, fragte die Grünen-Landtagsabgeordnete Jürgen Mistl, Mitglied im Verkehrsausschuss, bezeichnete Bernreiter als „Totalausfall“. Der CSU-Politiker hatte der Deutschen Presse-Agentur am Wochenende gesagt, „in dieser außergewöhnlichen Situation muss der Bund für weitere Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger sorgen – und zwar ausschließlich der Bund“.

Bernreiter verlangt stattdessen ein Fortführen des Tankrabatts

Andere Länder signalisierten dagegen die Bereitschaft zur Mitfinanzierung. Das befristete 9-Euro-Ticket wurde zur Entlastung der Menschen in Deutschland angesichts steigender Preise von der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP eingeführt. Es gilt von Juni bis August in Bussen und Bahnen des Nah- und Regionalverkehrs und kostet pro Monat 9 Euro.

Der Bund steuert für die aktuelle Rabattaktion unter anderem 2,5 Milliarden Euro als Ausgleich für Einnahmeausfälle der Verkehrsanbieter bei. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) zeigt sich offen für eine Fortführung, wenn die Länder sich finanziell beteiligen. Diese Bereitschaft scheint im Freistaat aber nicht vorhanden. Bernreiter sagte, er begrüße es zwar, wenn Bus und Bahn attraktiver würden. „Dazu gehören aber zwingend Investitionen, um den laufenden Betrieb zu stärken.“ Der Bund müsse deshalb die so genannten Regionalisierungsmittel erhöhen. „Grundsätzlich wäre dann auch ein 365-Euro-Ticket im Sinne der Verkehrswende wünschenswert.“ Zudem forderte er eine Fortsetzung des Tankrabatts, da gerade Menschen auf dem Land vom 9-Euro-Ticket kaum oder nicht profitieren. Bayerns SPD-Chefin Ronja Endres bezeichnete diese Haltung als „völlig unerklärlich“. CSU und Freie Wähler hätten im eigenen Koalitionsvertrag ein 365-Euro-Ticket in Bayerns Großstädten anvisiert. „Jetzt will der Bund sich beteiligen und jetzt ist die Chaosregierung in Bayern nicht gewillt, 1 Cent für die Mobilität der eigenen Bevölkerung zu zahlen“, schrieb Endres auf Twitter. DPA

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de



FOTO: DANIEL KARAWAN/DPA

Kommunen warnen vor Betreuungsnotstand

Der Fachkräftemangel in Kitas und Horten ist so dramatisch, dass die Verbände Alarm schlagen. Der Rechtsanspruch der Eltern auf Ganztagsbetreuung sei so nicht umsetzbar

VON ANNA GÜNTHER

Neunburg vorm Wald – Auf dem Land ist es vielleicht etwas einfacher als in der Stadt, sagt Christine Gindhart. Und problematisch genug. Sie leitet das Theresia-Gerhardinger-Kinderhaus in Neunburg vorm Wald, weit oben in der Oberpfalz. 223 Mädchen und Buben sind für September in Krippe, Kindergarten und Hort des Kinderhauses angemeldet. 40 pädagogische Mitarbeiter kümmern sich um sie, dazu kommen Praktikanten, Verwaltungskräfte, Hausmeister. Die Ordensschwester Gindhart leitet ein großes Kinderhaus. Dieser Umstand mache ihr das Leben gerade leichter, sagt sie. Sie kann flexibel auf Ausfälle reagieren: Drei ihrer Vollzeit-Erzieher seien langfristig erkrankt, Corona. Gindhart schickte also zuletzt vormittags Betreuer aus dem Hort in die Kita. Erst nach Schulschluss kommen die Hortkinder, bis dahin können deren Erzieher aushelfen. Eine Dauerlösung ist das freilich nicht. Und gutes Personal ist auch in der Oberpfalz rar.

In Großstädten wie München hängen in beliebten Vierteln an jeder zweiten Kita Zettel mit Hilferufen und Jobangeboten. Die Situation ist ernst. So ernst, dass die Kommunalen Spitzenverbände sich mit einem Hilferuf an Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (CSU) gewandt haben. Von einer „eskalierenden Lage“ ist darin die Rede, von einem „drastischen Mangel an Fachkräften“, einem „frühkindlichen Betreuungsnotstand“ und „drohenden Schließungen von Betreuungseinrichtungen“. Dem noch von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern erteilen die Kommunen sogar eine Absage. Von 2026 an soll er gelten. Nicht zu schaffen, heißt es.

Die Probleme sind nicht neu: Es fehlt an Geld und Personal. Wobei ersteres sogar leichter zu lösen wäre. 3,5 Milliarden Euro hat der Bund für den Ausbau der „ganztägigen Bildung und Betreuung“ von Grundschulkindern versprochen, davon 428 Millionen Euro für Bayern. Scharf sprach in ihrer Regierungserklärung kürzlich sogar

von einem „Ganztagesversprechen“ mit „Fördergarantie“, wonach der Freistaat die nötigen Investitionen der Kommunen in neue Gebäude unterstützen will. Nur hilft das Städten, Gemeinden und Landkreisen laut Städtetagsprecher Achim Sing wenig. Die Förderrichtlinien für das Geld von Bund und Land sind nicht fertig. Wenn eine Kommune in Vorleistung gehen und losplanen würde, bekäme sie keinen Cent Zuschuss. Die Kommunen warten also ab. Und die Zeit verrinnt.

Die Verhandlungen zur Ausgestaltung der Förderrichtlinien zwischen Bund und Ländern laufen, heißt es aus dem Sozialministerium. Wann ein Ergebnis vorliegen wird, sei nicht bekannt. Dabei geht man auch im Ministerium davon aus, dass 80 Prozent aller Grundschüler das Ganztagsangebot nutzen würden. Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts müssten dafür zwischen 108000 und 136000 Betreuungsplätze geschaffen werden. Im vergangenen Schuljahr waren 484000 Mädchen und Buben in Bayern im Grundschulalter, etwa 54 Prozent davon nutzten ein Ganztagsangebot.



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf verhandelt mit dem Bund über die neuen Förderrichtlinien. FOTO: STEPHAN RUMPF

Noch dramatischer als der Zeitdruck bis zum Rechtsanspruch ist für die Kommunalen Spitzenverbände das Personalproblem. Es fehlt in Bayern an Pädagogen – in Schulen wie in Kitas. Schon jetzt werden Betreuungszeiten gekürzt, teilweise müssen Gruppen schließen, weil Erzieher krank sind oder Stellen unbesetzt. Zwar steigt laut Kultusministerium die Zahl der Schüler an den Berufsfachschulen für Kinderpflege und an den Fachakademien für Sozialpädagogik. 14000 angehende Pädagogen lernen dort derzeit. Trotzdem reicht es nicht. Die Bertelsmann-Stiftung geht in ihrem „Fachkräfte-Radar“ davon aus, dass bis 2030 in Grundschulen und Kitas bundesweit 67000 Fachkräfte fehlen.

Aushilfen können Fachkräfte entlasten, sollen sie aber möglichst nicht ersetzen

Die Folgen dieser Lücke werden alle spüren: Wenn Eltern ihre Kinder wieder daheim betreuen oder früher abholen müssen, wirkt sich das auf Familien aus, auf Arbeitgeber und auf Großeltern, die einspringen. Nicht zuletzt die Corona-Lockdowns zeigten, dass es überall hakt, wenn Kinderbetreuung wegbreicht. Trotzdem scheint die Verzweiflung der Betroffenen noch nicht so groß zu sein, dass Eltern und Erzieher Betreuung um der Versorgung willen akzeptieren. Ein Vorschlag der Kommunalen Spitzenverbände lautet, die Betreuung mit „Assistenzkräften“ oder „angelernten Kräften“ sicherzustellen. Hauptsache die Kinder sind betreut. Uwe Kriebel seufzt tief und sagt: „Das ist zwar besser als nichts, aber ich habe Bauchschmerzen damit.“ Diese Idee der Kommunen stütze allein die Quantität, nicht die Qualität der Betreuung, sagt der Vorsitzende des Gesamtelternbeirats der Nürnberger Kitas. Außerdem seien angelernte Kräfte nicht gleichzusetzen mit Fachkräften, die fünf Jahre lernen – „und dann als Einstieg nur 1000 Euro netto bekommen.“ Dass die Kommunen nur „halbherzig“ an die Rahmenbedingungen gehen wollen, verstehe er nicht. Krie-

bel fordert „Mut, andere Wege zu gehen“. Der Einstieg von ausländischen Erziehern müsse erleichtert und deren Berufsausbildung anerkannt werden. Und, wichtiger noch, das Erziehergehalt müsse deutlich erhöht und in der Ausbildung ein Lehrgeld bezahlt werden. So würde der Job langfristig attraktiver. Argumente, die der bayerische Verband der Kita-Fachkräfte sofort unterschreiben würde. Die „Schnellqualifizierung“ von Hilfskräften lehnte der Verband in seiner Antwort auf den kommunalen Hilferuf klar ab.

„Wir haben uns schon oft darüber unterhalten, dass in Coronazeiten Geld ohne Ende da war und für alles mögliche, aber für Erziehergehalt ist kein Geld da – das macht traurig“, sagt auch Schwester Christine Gindhart. Auch sie ist überzeugt, dass mehr Gehalt und mehr Anerkennung den Beruf attraktiver machen würden. Die schnellen Lösungsideen der Kommunalen Spitzenverbände sieht Gindhart kritisch: Aushilfen könnten schon etwas entlasten, aber oft sei es sogar mehr Arbeit für Erzieher, Hilfen anzulernen. Und in den Betreuungsschlüssel dürften sie keinesfalls eingerechnet werden, findet Gindhart. Darauf aber setzen die Kommunen, „zunächst“. Für die Kinderhausleiterin ein Umding: „Qualität ist uns wichtig. Das sind unsere kleinsten Bürger, die sollten nicht von irgendeiner Hilfskraft betreut werden. Dann wären wir nur noch eine Betreuungs- und keine Bildungseinrichtung.“ Auch den Vorschlag, das vorausgesetzte Deutsch-Niveau zu lockern, lehnt sie ab: „B2 ist für uns das Mindeste. Wie sollen die Kinder Deutsch lernen, wenn die Erzieher das nicht richtig können?“

Scharf geht im Detail nicht auf die Ideen der Kommunen ein, versichert aber, dass der Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung „höchste Priorität“ habe. Um dem Problem entgegenzuwirken sei die Ausbildung erleichtert worden. Außerdem sei die Zahl der Beschäftigten binnen zehn Jahren um 73 Prozent auf 110000 gestiegen. Allerdings wuchs auch die Zahl der Kinder deutlich – und wird weiter massiv steigen.

Ebbe im Karpfenteich

Höchststadt – Die wochenlange Trockenheit macht den Teichwirten zu schaffen. „Die ersten Teiche mussten notabgefischt werden, weil den Fischen das Wasser fehlt“, sagt Tobias Küblböck von der staatlichen Außenstelle für Karpfenteichwirtschaft in Höchststadt. So musste etwa der Erlanger Teichwirt Peter Oberle einen Teich abfischen, weil der Wasserspiegel um 60 Zentimeter gesunken war. „Dadurch, dass es so flach war, konnten die Fischreier, die ja lange Beine haben, relativ leicht Jagd auf die kleinen Karpfen machen. Hätten wir nicht abgefischt, hätten wir einen Totalverlust erlitten“, sagt Oberle. Der Schwerpunkt der Karpfenzucht in Bayern liegt in Franken und der Oberpfalz, wo etwa 5500 Teichwirte jährlich rund 6000 Tonnen Karpfen erzeugen. Ihre Teiche werden meist durch Niederschläge und Oberflächenwasser gespeist. Über Wochen hinweg hat es laut Küblböck aber viel weniger geregnet als veruntenet sei. „Grundsätzlich mag der Karpfen warme Wassertemperaturen.“ Problematisch werde es aber, wenn der Sauerstoffgehalt sinke. Teichwirte müssten im schlimmsten Fall die Fische umsiedeln. DPA

Bayern verteidigt Studie zu Isar 2

Regierung sieht keine Bedenken gegen Laufzeitverlängerung

München – Bayerns Umweltministerium hat Kritik des Bundesumweltministeriums an der TÜV-Bewertung zweier bayerischer Atomkraftwerke zurückgewiesen. „Der TÜV Süd ist einer der renommiertesten und mit Fragen der Kernkraft am besten vertrauten Experten“, sagte ein Sprecher am Samstag in München. „Bei der Bewertung zentraler und entscheidender Fragen sollte auf die bestmögliche Expertise zurückgegriffen werden.“ Deshalb habe das Ministerium „sowohl ein sicherheitstechnisches als auch ein Rechts-Gutachten“ in Auftrag gegeben. Sicherheitsbedenken stünden demnach „einer befristeten Laufzeitverlängerung nicht entgegen“.

Das Bundesumweltministerium hatte zuvor heftige Kritik an der Methodik der Untersuchung des TÜV Süd zu den Atomkraftwerken Isar 2 und Gundremmingen geübt. Die Stellungnahme erfülle „grundlegende Anforderungen an Gutachten und seriöse Sachverständigenausagen nicht und sollte deshalb nicht zur staatlichen Entscheidungsfindung herangezogen werden“, schreibt das Ministerium. Auch der Bund Naturschutz bezeichnet den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken im Freistaat als „unkalkulierbares Risiko“. „Wir haben weltweit 600 AKW, sechs von ihnen sind havariert – Harrisburg, Tschernobyl und vier Blocks in Fukushima“, sagte der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, Richard Mergner, den *Nürnberger Nachrichten*. „Wir haben zudem kein Endlager. Das ist, als ob sie in ein Flugzeug steigen und haben keine Landebahn.“ Jeder Tag, an dem das niederbayerische Atomkraftwerk Isar 2 länger in Betrieb sei, „stellt ein Sicherheitsrisiko dar“. „Das Risiko eines Atomernfalls ist da.“ Da sei es „so billig wie falsch, Ängste zu schüren, die Menschen müssten frieren“.

Der TÜV Süd hatte in seinem als „Bewertung“ betitelten Papier vom April geschrieben, dass er keine sicherheitstechnischen Bedenken gegen einen Weiterbetrieb von Isar 2 über das Jahresende hinaus habe. Auch eine Wiederinbetriebnahme des Blocks C in Gundremmingen sei „aus technischer Sicht möglich“. SZ, DPA

Söders neuer Gassenhauer nervt die Opposition

Die Ampel im Bund betreibe „Bayern-Bashing“ – das gilt gerade als Lieblingsformel des CSU-Chefs. Doch SPD, Grüne und FDP im Freistaat kontern

München – Markus Söder fahndet ständig nach griffigen Slogans, fabriziert Testballons, und bei Indizien, dass der neue Spruch halbwegs ankommt, walzt er ihn gnadenlos aus übers Bayernland. Bei Corona war das so, man denke an „Team Vorsicht“, „Team Hoffnung“ und dergleichen, immer und immer wieder. Bei einem Remake des legendären Mottos „Laptop und Lederhosen“ tat sich der Ministerpräsident und CSU-Chef schon schwerer. „Leberkäs und Lasern“ probierte er mal aus, das löste aber nur Häme aus, seitdem hört man nichts mehr davon. Ganz anders, wenn es um die Ampel geht und deren Verhältnis zu Bayern.

Bei Söders verbaler Strategie gegen die Bundesregierung gab es erst die These vom „Ampel-Norden und freien Süden“, mittlerweile wittert er ein „Bayern-Bashing“. Im SZ-Interview führte er das neulich näher aus: „Zieht den Bayern die Lederhosen aus“ werde im Fußball gesungen und nun auch in der Politik versucht: „Briefe werden nicht beantwortet, Termine abgesagt, Zusagen werden gekürzt oder gestrichen.“ Der Vorwurf „Bayern-Bashing“ ist über die Wochen zu Söders Lieblingsvokabel avanciert – keine Kamera, in die der Vorwurf nicht spräche, kaum ein Zei-

tungsinterview ohne diese Anmerkung.

Was SPD, Grünen und FDP im Freistaat zunehmend auf die Nerven geht. „Unwahrheiten werden durch Wiederholung nicht wahr“, sagt Arif Tasdelen, Generalsekretär der Bayern-SPD und Mitglied des Landtags. In einer Plenaranfrage hatte er sich nach Belegen für das „angebliche Bayern-Bashing“ erkundigt. Das Antworten übernahm für die Staatsregierung das Wissenschaftsministerium und nannte „beispielhaft“ zwei Fälle. Darunter das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft (DZM), das in München angesiedelt werden sollte – und jetzt von der Ampel klein gespart oder womöglich gekippt werde. Außenstandorten etwa in Karlsruhe oder Hamburg drohe das nicht.

„Ziemlich dünn“, meint Tasdelen. Hatte er sich mehr erhofft von der Anfrage? Nein, sagt er, „ich wusste, dass da nicht mehr kommt. Das mit dem Bayern-Bashing hat einfach keine Faktengrundlage“. Beim DZM sei die Projektbeschreibung so vage gewesen, dass Berlin da halt Bedenken hatte. Dass das Bundesland Bayern absolut im Fokus der Ampel stehe, sehe man aber zum Beispiel daran, dass der Bund ohne Zögern zugesagt habe, die Mehrkosten bei der zweiten Stammstrecke in

mitzutragen. „Da hätte man ja auch aufstürzen lassen und im Söder-Stil auf trotzigen Kind machen können“, findet der SPD-General. Söder sei im Wahlkampfmodus und auf einem „Egotrip“, Tasdelen sieht da „kein Interesse an Sachpolitik in schwierigen Zeiten, sondern nur den Versuch, die Ampel schlecht zu machen.“ Dass sich alles um die Landtagswahl 2023 drehe, erkenne man auch an der jüngsten Argumentationshilfe der Bundestags-CSU.

Über diesen Leitfadens hatte kürzlich die SZ berichtet, er gibt den Abgeordneten, aber auch hineinwirkend in die CSU Tipps zum Umgang mit der Ampel. Demnach solle man etwa ständig betonen, dass die in Berlin streiten wie die „Kesselflicker“ und „nicht liefern“. Und dass die Grünen nie Verantwortung in Bayern tragen dürften, weil ihr Landeschef das Einsteigen für Regionalinteressen ablehne, als „altes Denken, CSU-Denken“. Das ist auch so ein neuer Gassenhauer für Söder und seine Leute. Im SZ-Gespräch frotzelte Söder über die „bayerischen Ampel-Filialisten“, der grüne Landeschef wolle „bewusst kein Geld aus Berlin nach Bayern holen“. Und CSU-Generalsekretär Martin Huber predigt das fast täglich, erst am Freitag stellte er ein Video dazu auf Twitter.

Der besagte Vorsitzende der bayerischen Grünen ist Thomas von Sarnowski, auch wenn ihn die CSUler nie namentlich erwähnen. Der Satz sei mal auf einer Veranstaltung in Weilheim gefallen, im Wahlkreis von CSU-Landesgruppenchef und Ex-Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt – und er werde aus dem Kontext gerissen. Es sei darum gegangen, dass CSU-Bundesminister „Geld in ihren Wahlkreis



Arif Tasdelen erkundigt sich nach dem „Bayern-Bashing“. FOTO: SACHELLE BABBAR/IMAGO

schaufelten, um unter anderem Umgehungsstraßen zu bauen und die Landschaft zuzubetonieren“, sagt Sarnowski. „Daran stören sich viele Menschen.“ Und das Bayern-Bashing? „Es soll sich mal jeder fragen, wer mehr für Bayern tut: Die CSU, die uns jahrzehntelang in Abhängigkeit von russischem Gas geführt und Windkraftausbau und Stromleitungen behindert hat? Oder die Grünen in der Bundesregierung, die der Energiewende neuen Schwung geben und alles in ihrer Macht Stehende tun zur Krisenbewältigung?“ Sarnowskis Bilanz: „Die CSU lenkt ab, sie wird nervös, weil ihr das eigene Versagen auf die Füße fällt.“

Martin Hagen, Chef der FDP in Bayern, bewertet Söders Bashing-Slogan so: „Ministerpräsidenten wie Edmund Stoiber haben kraftvoll bayerische Interessen in Berlin vertreten. Markus Söder hingegen nervt die Republik mit weinerlicher Kritik an einer angeblichen Benachteiligung des Freistaats.“ Dies, meint Hagen, passe nicht zu Bayern, die CSU solle mal ihren Job in München erledigen. Indes, dass Söder mit dem Vorwurf bald wieder aufhört, ist kaum zu erwarten. Wohl allein schon, weil er die bayerische Opposition damit auf die Palme bringen kann. JOHANN OSELE

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de